

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0843/1

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **stja**

Karlsruher Pässe, Kinderpass Sachstand und niederschwellige Zugänge zu Leistungen für Familien sowie Haushaltssicherungsmaßnahmen

Änderungsantrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	21.10.2025	15.1	Ö	Entscheidung
Sozialausschuss	10.12.2025		Ö	Kenntnisnahme

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Änderungsantrag abzulehnen und die Beschlusspunkte nicht separat, sondern in der in der ursprünglichen Vorlage dargestellten Gesamtform gemeinsam zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen:

Die Fortentwicklung der Karlsruher Pässe und des Kinderpasses steht in engem Zusammenhang mit den vorgesehenen Haushaltssicherungsmaßnahmen in Höhe von 365.300 € und wurde in der zukünftigen Gesamtstrategie der Pässe berücksichtigt. Dies führt dazu, dass das Angebot auch zukünftig verlässlich, zielgerichtet und finanziell tragfähig ist.

Wie in der Vorlage bereits beschrieben, wird im Bereich der Mobilität explizit auf vorrangige Bundesmittel (BuT) verwiesen, um die Vorrangigkeit der Bundesmittel gegenüber kommunalen Mitteln sicherzustellen.

Der grundsätzliche Eigenanteil von 50 % hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und trägt zur Einheitlichkeit und Einfachheit der Regelung bei.

